



Ein Bund für den Bildungsbogen

Bei der ersten Debatte im Sonderausschuss zum Bildungsvolksbegehren ging es um den Beginn jeder Bildungskarriere: die Elementarpädagogik. Ein anderes Thema tauchte als elementar auf: Der Bund soll bildungszuständig sein.

Lisa Nimmervoll

Wien – Hannes Androsch kannte den Saal gut. Im Lokal VI des Parlaments hatte er zwischen 1970 und 1981 als Finanzminister mehrere Budgets präsentiert: Im „Budgetsaal“ stand am Donnerstag aber Bildung auf dem Programm.

Der Sonderausschuss zum Bildungsvolksbegehren, das der ehemalige Vizekanzler der SPÖ initiiert hatte, behandelte drei Stunden lang die Anliegen der Androsch-Initiative, die im November 2011 383.724 Österreicher unterschrieben haben. Erster Themenschwerpunkt war Elementarpädagogik (Artikel unten). Am 16. April und am 7. Mai ist der restliche „Bildungsbogen“ (Androsch) bis zur Hochschulbildung dran.

Auch Androschs Mitstreiter Bernd Schilcher war mit Lokal VI vertraut. Der ÖVP-Bildungsexperte war allerdings nur ein einziges Mal dort, und zwar nach dem steirischen Anti-Draken-Volksbegehren 1986, erzählte Schilcher. Damals ging es um die Stationierung der Draken in der Steiermark. Übrigens: „Beides probiert, kein Vergleich. Bildung ist mir lieber.“

Quasi zu einer „Stationierungsdebatte“ geriet dann auch die Debatte zum Bildungsvolksbegehren. „Stationierung“ der Bildungskompetenzen beim Bund lautete der Tenor in vielen Wortmeldungen – quer durch die Fraktionen.

Schilcher etwa sagte, nachdem er die „Trias Frühförderung, Ganztagschule und möglichst langes Zusammensein – alles besser als mit zehn Jahren trennen“ betont hatte: „Der Föderalismus passt hier nicht besonders gut.“

Androsch formulierte es schärfer: Auch wenn „mit Sicherheit nicht alles schlecht ist, was unser Bildungswesen angeht, gibt es doch beträchtliche Schwächen und Blockaden machtpolitischer, regionaler und interessenbezogener Natur“ – ein Plädoyer für die



Hannes Androsch (v. li.), Gerhild Hubmann, Raphaela Keller, Daniel Landau, Heide Lex-Nalis, Ministerin Claudia Schmied und Sonderausschussvorsitzender Elmar Mayer (auf dem Podest). Foto: Cremer

„einheitliche Bundeszuständigkeit für Bildung“ oder „Verbundlichung“. Der „Länder-Zentrismus“ sei „eine der großen Schwächen unseres Bildungssystems“.

Ein klarer Gegenentwurf zum erneuten „Verlängerungsanlauf“ von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) im STANDARD-Interview. Vorarlbergs Bildungslandesrat Siegmund Stermer (ÖVP) zog die Bund-Land-Debatte denn auch nicht weiter.

Während die von der FPÖ nominierte Bildungsexpertin Gerhild Hubmann von der Kärntner Landesregierung für die „Bündelung der Kompetenzen in einer Hand“ – ob bei Bund oder Ländern sei „fachlich aber unerheblich“ – plädierte, forderten die Bildungssprecher der Grünen und des BZÖ, Harald Walser und Ursula Haubner, den Bund als Zuständigen für den Bildungsbereich, zumal Schule „nach wie vor Spiel-

ball parteipolitischer und Länderinteressen ist“, sagte Haubner.

Das kennt Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ). Ihr blieb nur der Hinweis, dass „die Bundesregierung im kompetenzmäßig Möglichen viele Schritte gesetzt hat“, bei vielen Reformen aber an die Grenze der Länder stoße, Stichwort: kostspielige 15a-Verträge. Kommentar Seite 32



Bitte keine Verösterreicherung

Wie Lernen gelingen kann, ist bekannt – jetzt geht es um die Umsetzung

Karin Riss

Kindergärtnerin müsste man sein. Aber bitte nicht in Österreich! Chronisch überfüllte Gruppen, schlechte Ausbildung und Bezahlung sind nur drei Umstände, die das Bild der glücklich spielenden Basteltante deutlich relativieren. Aber auch Lehrer oder Universitätsprofessor gehören nicht mehr zu den attraktiven Berufsfeldern. Außer es stört einen nicht, irgendwann im Burnout zu landen.

Jeder weiß, dass in Österreich in Sachen Bildung einiges schief läuft. Nicht erst seit Pisa. Nicht nur wenn Schüler mit Geldstrafen in die Schule getrieben werden sollen. Und auch nicht erst seit dem Bildungsvolksbegehren von vergangener Herbst.

Pädagogen, Eltern und vor allem Kinder ringen täglich mit jenen Problemen, die auch der Politik seit Jahren hinlänglich bekannt sind. Was mit „fehlender Individualisierung“ umschrieben wird, kann man auch als Beziehungslosigkeit bezeichnen. Oder systembedingte Bildungsverunsicherung. Da gibt es Pädagogen, die dagegen ankämpfen. Und solche, die resignieren. Da gibt es Eltern, die sich einmischen. Und solche, die mit dem Thema Schule am liebsten nichts zu tun haben wollen. Oft aus einer eigenen schulischen Leidensgeschichte heraus. Und da gibt es bildungshungrige Kinder, die das Glück haben, dass ihnen diese Fähigkeit erhalten bleibt. Und solche, die komplett aus dem Schulsystem fallen. Dieses Zufallsprinzip kann und darf nicht sein.

Mit dem Unterausschuss zum Bildungsvolksbegehren wird sich jetzt alles ändern! Nein, natürlich nicht. Aber Bildung ist plötzlich wieder wichtig. Stichwort Frühkindpädagogik: Plötzlich wollen alle Parteien österreichweit einheitliche Gruppengrößen und Ausbildungsstandards. Das ist schön. Wenn auch spät. Und nicht einmal im Ansatz visionär.

Es braucht aber mehr, wenn es darum geht, das heimische Bildungssystem fit für die Zukunft zu machen. Es braucht mehr als etwa die von Bildungsministerin Claudia Schmied angekündigte Einsparung der Bezirksschulräte. Denn das ist die Gefahr für viele: eine Verösterreicherung der Lösung. Die Horrorvision: die Gesamtschule ohne ausreichend Personal und finanzielle Mittel. Die Ganztagschule mit unmotivierter Nachmittagsbetreuung. Höhere Geldstrafen für

Schulschwänzer statt Motivation zu lebenslangem Lernen.

Ideen, wie Lernen erfolgreich gelingen kann, gibt es zuhauf. Dass der Bund dabei für Finanzierung, inhaltliche Zielsetzung und Kontrolle zuständig sein muss, ist unter Bildungsexperten unumstritten. Das muss einhergehen mit einer möglichst großen Autonomie vor Ort, was die Personalplanung oder die inhaltliche Schwerpunktsetzung anlangt. Jetzt geht es an die Umsetzung.

Was Hannes Androsch mit seinem Volksbegehren jedenfalls ermöglicht hat: Bildung ist in Österreich wieder

ein Thema. Und zwar von der Babykrippe bis zur Universität. Damit es nicht beim Herumdoktern in Teilbereichen bleibt, ist vor allem eines wichtig: Die Debatte darf nicht nur unter der Überschrift „Humankapital“ geführt werden, wie das von Wirtschaftsseite gerne angelegt wird. Auch der Universitätsabschluss für alle kann nicht das Ziel sein. Und es geht auch nicht nur um eine bessere Betreuungssituation. Es geht um die Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Pädagogen. Wenn sich die Politik daran orientiert, dann war das nicht allein das Verdienst von Androsch. Aber auch.